S 14 U 65/12

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	4
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 14 U 65/12
Datum	19.01.2015

2. Instanz

Aktenzeichen	L 4 U 196/15
Datum	03.04.2017

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung der KlÄgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Detmold vom 19.01.2015 wird zurÄckgewiesen.

Kosten haben die Beteiligten einander in beiden RechtszÄgen nicht zu erstatÄten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

GrÄnde

I.

Die KlÄgerin begehrt â im Wege des Zugunstenverfahrens gem. Â§ 44 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) â die Anerkennung eines Sturzes als Arbeitsunfall nach dem P.

Die am 00.00.0000 geborene KlÄgerin, die gesetzlich durch ihre Mutter betreut wird, leidet ausweislich eines Ärztlichen Attestes ihres Hausarztes C. vom 22.02.2010 unter einem frÄhkindlichen hypoxischen Hirnschaden und

IÃ¼ngen nicht vor. Ein Versicherungsfall der gesetzlichen Unfallversicherung sei nicht gegeben, da der Sturz der KIÃ¼gerin unter BerÃ¼cksichtigung der Ã¼rztlichen Atteste und der Annahmen der Mutter der KIÃ¼gerin selbst auf eine innere Ursache (plÃ¼tzliches Zusammensacken, wohl Epilepsieanfall) zurÃ¼ckzufÃ¼hren sei und betriebsbedingte UmstÃ¼nde bzw. eine besondere Beschaffenheit der Unfallstelle den Unfall nicht wesentlich mitverursacht hÃ¼tten. Unfallversicherungsschutz ergebe sich auch nicht wegen einer etwaigen Verletzung der FÃ¼rsorgepflicht der Werkstatt, Der Arbeitgeber habe die arbeitsvertragliche Nebenpflicht, das jeÃ¼weils Gebotene zu tun, um betriebsbedingte SchÃ¼den vom Arbeitnehmer abzuhalten. Die Betreuung eines behinderten Menschen sei weder die vorrangige Aufgabe einer Werkstatt fÃ¼r behinderte Menschen noch Zugangsvoraussetzung. Sie diene vielmehr der angemessenen beruflichen Bildung, der BeschÃ¼ftigung zu einem der Leistung angemessenen Arbeitsentgelt und der Erhaltung, Entwicklung, ErhÃ¼lung sowie dem Wiedergewinnen der Leistungs- und ErwerbsfÃ¼higkeit Die untergehakte Begleitung der KIÃ¼gerin am Unfalltag lasse keine Verletzung der FÃ¼rsorgepflicht erkennen.

Ã

Hiergegen hat die KIÃ¼gerin am 28.02.2013 Klage beim Sozialgericht Detmold (SG) erhÃ¼ben. Sie hat ihr Begehren weiter verfolgt und geltend gemacht, im Hinblick auf ihre Erkrankung hÃ¼tten seitens der Werkstatt VorsichtsmaÃ¼nahmen getroffen werden mÃ¼ssen, um der latenten Sturzgefahr zu begegnen; durch offenkundige SchutzmaÃ¼nahmen, wie die Begleitung durch zwei Personen, sei der Sturz vermeidbar gewesen; diese PflichtverÃ¼letzung sei auch haftungsbegrÃ¼ndend, da sie auf einer in der betrieblichen SphÃ¼re des Unternehmens entspringenden Gefahr beruhe.

Die anwaltlich vertretene KIÃ¼gerin hat beantragt,

unter Aufhebung des Bescheides vom 30.07.2011 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 23.01.2013 festzustellen, dass das Ereignis vom 09.07.2010 ein Arbeitsunfall war.

Die Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.Ã Ã Ã Ã Ã Ã Ã Ã Ã Ã Ã Ã

Ã

Sie hat die AusfÃ¼hrungen in den angefochtenen Bescheiden fÃ¼r zutreffend erachtet und ihre Auffassung bekrÃ¼ftigt, es seien weiterhin konkrete UmstÃ¼nde der versicherten TÃ¼tigkeit, namentlich der WegezurÃ¼cklegung, nicht ersichtlich, die rechtlich wesentlich zum Sturz gefÃ¼hrt hÃ¼tten; allein ursÃ¼chlich sei die Grunderkrankung der KIÃ¼gerin.

Das Gericht hat von der V. eine weitere Auskunft vom 27.11.2013 insbesondere zur dort von der KIÃ¼gerin ausgeÃ¼bten TÃ¼tigkeit sowie deren wirtschaftlicher

Verwertbarkeit und ihrem Betreuungs-/Pflege- und Unterstützungsbedarf eingeholt.

Mit Urteil vom 19.01.2015 hat das SG die Klage abgewiesen. Die angefochtenen Beŕscheide seien rechtmŕŕig, der Bescheid vom 28.10.2010 nicht gem. [Œ 44 SGB X](#) zurŕckzunehmen.

Im vorliegenden Fall sei die KIŕgerin nach Verlassen des Taxis auf dem Weg zur Werkstatt aus kŕrpereigener Schwŕche zusammengesackt und gestŕrzt. Der Sturz zu Boden kŕnne dabei auch nicht als eine besondere Beschaffenheit der Unfallstelle angesehen werden, welcher die Schwere der Verletzung bedingt habe.

Der Umstand, dass die KIŕgerin behindert und in einer Werkstatt fŕr Behinderte aufgenommen gewesen sei, ŕndere an der Anwendung dieser Grundsŕtze nichts. Mit der Aufnahme des Personenkreises behinderter Menschen in anerkannten Behindertenwerkstŕten in Œ 2 Abs. 1 Nr. 4 SGB VII gŕlten die gleichen Grundsŕtze zur Begrŕndung und zum Umfang des Versicherungsschutzes wie fŕr nichtbehinderte Menschen,

Soweit die KIŕgerin eine Verletzung von Betreuungspflichten der sie auf ihrem Weg zur Werkstatt begleitenden Betreuer geltend mache, begrŕnde eine solche ŕ selbst bei Unterŕstellen einer Pflichtverletzung, die hinsichtlich des Sturzes und der erlittenen Verletzungen auch kausal gewesen sein mŕsste ŕ kein anderes Ergebnis. Wie das Bundessozialgericht (BSG) zuletzt im Urteil vom 13.11.2012 ŕ [B 2 U 19/11 R](#) herausgestellt habe, mŕsse neben der Wirkursŕchlichkeit der versicherten Tŕtigkeit auf einer zweiten Stufe geprŕft werden, ob sich auch eine in den Schutzbereich des jeweils erfŕllten Versicherungstatbestandes fallende Gefahr realisiert habe; fŕr Schŕden, die auŕerhalb des Schutzzweckes einer Norm lŕgen, mŕsse der Unfallversicherungstrŕger nicht entstehen. Insoweit schŕtze die Unfallversicherung das Zurŕcklegen des Weges nach und von dem Ort der jeweiligen versicherten Tŕtigkeit nur gegen Gefahren fŕr Gesundheit und Leben, die aus der Teilnahme am Œffentlichen Verkehr als Fuŕgŕnger oder Benutzer eines Verkehrsmittels, also aus eigenem oder fremdem Verkehrsverhalten oder aus ŕuŕeren Einflŕssen durch die Beŕschaffenheit des Verkehrsraumes hervorgingen.

Œ

Œberdies habe das BSG konstatiert, dass der Tatbestand einer versicherten Tŕtigkeit nur durch ein konkretes Verhalten des Verletzten selbst verwirklicht werden kŕnne und. insoŕweit die Verrichtung einer versicherten Tŕtigkeit eine hŕchstpersŕnliche, unvertretbare Handlung sei, die eine Zurechnung des Verhaltens Dritter durch positives Tun- oder Unterlassen ŕ im vorliegenden Fall die-diskutierte Fŕrsorgepflichtverletzung des Arbeitgebers ŕ ausschlieŕe.

Œ

Letztlich mŕsse, unabhŕngig von den dargelegten Erwŕgungen, festgestellt

werden, dass die Klägerin zum Unfallzeitpunkt nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, insbesondere nicht als ein in einer anerkannten Werkstatt für Behinderte tätiger behinderter Mensch nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 SGB VII gestanden habe.

Grund hierfür sei, dass diese Norm nur werkstattfähige Behinderte erfasse. Die Versicherungspflicht könne nach der Rechtsprechung des BSG insoweit nur eintreten, wenn die Behinderten fähig seien, noch ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung zu erbringen und damit noch gewisse Merkmale eines abhängigen entgeltlichen Beschäftigungsverhältnisses erfüllten, an die das Gesetz sonst die Versicherungspflicht knüpfe. Hieran fehle es vorliegend, da die Anwesenheit der Klägerin im Werkkreis nur darauf gerichtet gewesen sei, ihr eine sinnvolle Tagesstruktur zu ermöglichen. Von einer nur in geringem Maße wirtschaftlich verwertbaren Arbeitsleistung könne im Hinblick auf eine lediglich mögliche 30-minütige Arbeitseinheit, in welcher sie zudem unter ständiger Anleitung, Hilfestellung; Motivation und Beaufsichtigung Radkappen eingetütet habe, nicht gesprochen werden. Unter Berücksichtigung des dargelegten personellen Pflege- und Betreuungsaufwandes könne eine auch nur in geringem Maße gegebene Selbstständigkeit der Klägerin zur Aufgabenerfüllung nicht erkannt werden.

Gegen das ihr am 20.02.2015 zugestellte Urteil hat die Klägerin am 16.03.2015 Berufung eingelegt. Es möge richtig sein, dass sie durch das Auftreten körperlicher Schwäche kurzzeitig die Kraft zum Laufen verloren habe; nachgewiesen sei dies jedoch nicht. Im Übrigen dürfe, die Ursache, aus der heraus sie zu Sturz gekommen sei, aber auch nur von nachrangiger Bedeutung sein. Die jederzeit auftretende Möglichkeit einer Körperschwäche sei den Betreuern mehr als bekannt gewesen, so dass auf eine solche Erscheinung entsprechend zu reagieren gewesen wäre. Dass sie dennoch gestürzt sei, bezeuge die Pflichtverletzung. Die Werkstatt habe augenscheinlich eine Hilfsperson zu wenig eingesetzt oder hätte sich eines Rollstuhls bedienen müssen, um sie in die Werkstatt zu begleiten.

Entgegen der Auffassung des SG sei es auch irrelevant, ob bei ihr die Werkstättfähigkeit vorgelegen habe oder nicht. Entscheidend nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 SGB VII sei allein ihre tatsächliche Beschäftigung im Arbeitsbereich der Werkstatt. Unbeschadet dessen habe sie aber auch mit dem möglichen 30minütigen Eintreten von Radkappen eine wenngleich geringe wirtschaftlich verwertbare Arbeitsleistung erbracht.

Ä

Die Klägerin beantragt schriftsätzlich sinngemäß,

das Urteil des Sozialgerichts Detmold vom 19.01.2015 zu ändern und die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides vom 01.07.2011 in der Gestalt, des Widerspruchsbescheides vom 23.01.2013 zu verpflichten, den Bescheid vom 28. 10.2010 zurückzunehmen und den Sturz vom 09.07.2010 als Arbeitsunfall anzuerkennen.

Die- Beklagte beantragt,

die Berufung zurÃ¼ckzuweisen.

Sie hÃ¤lt das angefochtene Urteil fÃ¼r zutreffend und trÃ¤gt vertiefend dazu vor, dass ihrer Auffassung nach nur solche Menschen mit Behinderung unter den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung gem. Â§ 2 Abs. 1 Nr. 4 SGB VII fallen wÃ¼rden, die fÃ¼hig seien, ein MindestmaÃ an wirtschaftlicher Arbeitsleistung zu erbringen. Hieran fehle es bei der KlÃ¤gerin. Unbeschadet dessen liege auch eine UnfallkausalitÃ¤t nicht vor.

Der Senat hat einen Bericht des M. Â vom 06.04.2016 sowie einen Befundbericht mit gutachterlicher Stellungnahme von F. vom 26.02.2016 bzw. 26.04.2016 eingeholt. Letzterer hat ausgefÃ¼hrt, dass ein Gehen der KlÃ¤gerin mit Einhaken fÃ¼r die Strecke von 25 Metern vom Taxi in Richtung Gruppenraum bezogen auf Gewicht und KÃ¶rpergrÃe sowie die zu erwartenden AnfÃ¤lle vertretbar gewesen sei.

Das Gericht hat die anwaltlich vertretene KlÃ¤gerin mit Schreiben vom 04.05.2016 darauf hingewiesen, dass ein Sturz aus innerer Ursache den Versicherungsschutz ausschlieÃe. Ob eine eventuelle Pflichtverletzung hiervon eine Ausnahme darstellen kÃ¶nne, sei fraglich, kÃ¶nne aber dahingestellt bleiben, wenn sich eine solche Pflichtverletzung â wie hier â schon nicht beweisen lassen dÃ¼rfte. Mit weiterer VerfÃ¼gung vom 03.08.2016 ist eine Frist zur Abgabe bzw. Benennung weiterer ErklÃ¤rungen und Beweismittel gemÃ [Â§ 106a SGG](#) i.V.m. [Â§ 153 Abs. 1 SGG](#) zum 26.08.2016 gesetzt worden (zugestellt am 08.08.2016). Diese Frist ist auf Antrag der KlÃ¤gerin bis zum 14.09.2016 verlÃ¤ngert worden.

Â

Im Anschluss an einen Termin zur ErÃ¶rterung der Sach- und Rechtslage vom 27.01.2017 hat die KlÃ¤gerin am 23.02.2017 ein Schreiben der T. R. und eine Bescheinigung des Allgemeinarztes I., datierend vom 30.01.2017, Ã¼bersandt, nach denen bei ihr zur SturzprÃ¤vention zwei Begleitpersonen erforderlich seien.

Mit Schreiben vom 24.02.2017, zugestellt laut Empfangsbekanntnis am 06.03.2017, sind die Beteiligten zu einer vorgesehenen Entscheidung durch Beschluss gemÃ [Â§ 153 Abs. 4 SGG](#) gehÃ¶rt worden.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakten und der beigezogenen Akte der Beklagten Bezug genommen, deren wesentlicher Inhalt Gegenstand der Beratung des Senats gewesen ist.

II.

Der Senat konnte nach [Â§ 153 Abs. 4 Satz 1 SGG](#) durch Beschluss entscheiden, da er die Streitsache einstimmig fÃ¼r unbegrÃ¼ndet und eine mÃ¼ndliche Verhandlung nicht fÃ¼r erforderlich hÃ¤lt. Die Beteiligten sind dazu gehÃ¶rt worden.

Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt.

Die Klägerin hat zwar bei dem Sturz- durch das Aufschlagen auf den Boden eine zeitlich begrenzte, von außen kommende Einwirkung auf ihren Körper und damit einen Unfall i.S.v. § 8 Abs. 1 S.2 SGB VII erlitten (vgl. hierzu zB BSG Urt. v. 29.11.2011 - B 2 U 10/11 R - juris Rn. 14 mwN). Diese Einwirkung hat auch zu einem ihre körperliche Unversehrtheit verletzenden Gesundheitsschaden in Form von jedenfalls Schürfwunden und Zahnverletzungen geführt.

Fraglich ist, ob die Klägerin im Unfallzeitpunkt unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung gem. § 2 Abs. 1 Nr. 4 SGB VII gestanden hat und als Versicherte anzusehen war. Dem Wortlaut der Vorschrift entsprechend wäre dies zu bejahen. Hingegen hat die Beklagte die Auffassung vertreten, dass § 2 Abs. 1 Nr. 4 SGB VII einschränkend nur dann Anwendung finden könne, wenn eine wirtschaftlich verwertbare Arbeitsleistung erbracht werde, woran es im vorliegenden Fall ihrer Auffassung nach mangle. Der Senat kann diese Frage jedoch offen lassen, da der Sturz jedenfalls schon deshalb keinen Arbeitsunfall iSv § 8 SGB VI! darstellt, weil er dem allein hier als versicherte Tätigkeit in Betracht kommenden Zurücklegen eines versicherten Weges rechtlich nicht zugerechnet werden kann.

Zu den in der gesetzlichen Unfallversicherung versicherten Tätigkeiten zählt gem. § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII auch das Zurücklegen des mit der nach den §§ 2, 3 oder 6 SGB VII versicherten Tätigkeit zusammenhängenden unmittelbaren Weges nach und von dem Ort der Tätigkeit. Zum Unfallzeitpunkt befand sich die Klägerin wohl mit entsprechender Handlungstendenz (vgl. hierzu z.B. BSG Urt. v. 17.12.2015 - B 2 U 8/14 R-juris Rn. 14 mwN) grundsätzlich auf einem solchen Weg. Dies allein reicht jedoch für einen Versicherungsschutz nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII nicht aus. Vielmehr muss das Unfallereignis gerade auch infolge des Zurücklegens dieses Weges eingetreten und ihm deshalb rechtlich zuzuordnen sein (vgl. BSG Urt. v. 17.12.2015 - B 2 U 8/14 R - juris Rn. 16).

Hieran fehlt es vorliegend. Der Sturz der Klägerin ist nicht einer versicherten Tätigkeit iSv § 8 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 Nr. 1 SGB VII zuzurechnen, weil sich nicht feststellen lässt, dass sich, mit dem Aufprall auf den Boden eine Gefahr verwirklicht hat, die in den Schutzbereich der Wegeunfallversicherung fällt. Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung ist durch deren Träger nicht für jedwede Schädigung zu leisten, die zeitlich während einer versicherten Tätigkeit eintritt. Es gibt (außer in der Schifffahrt, § 10 SGB VII) keinen sogenannten Betriebsbann (vgl. BSG Urt. v. 26.06.2014 - B 2 U 4/13 R - juris Rn. 28 mwN; Becker, SGB 2012, 691, 692; Keller in Hauck/Noftz, SGB VII, Kommentar, § 8 Rn. 16). Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung haben Schutz gegen Gefahren zu gewährleisten, die sich durch die ihre

Verbandszuständigkeit, den Versicherungsschutz und das Versichertsein des Verletzten begründende Verrichtung von im jeweiligen Versicherungstatbestand konkret umschriebenen Tätigkeiten realisieren können. Ihre Einstandspflicht besteht nur dann, wenn sich durch eine Handlung des Geschädigten, die den gesetzlichen Tatbestand einer versicherten Tätigkeit erfüllt, ein Risiko verwirklicht hat, gegen dessen Eintritt nicht die Unfallversicherung allgemein, sondern der jeweils durch die Handlung erfüllte Versicherungstatbestand schützen soll! (BSG Urt. v. 17.12.2015 [B 2 U 8/14 R](#) -juris Rn. 18; Urt. v. 13.11.2012 [B 2 U 19/11 R](#)-juris Rn. 32). Eine Rechtsvermutung dafür, dass eine versicherte Verrichtung auch rechtlich wesentlich ist, besteht nicht. Die Wesentlichkeit der (Wirk-)Ursache ist vielmehr zusätzlich und eigenständig nach Maßgabe des Schutzzwecks der jeweils begründeten Versicherung zu beurteilen (BSG Urt. v. 17.12.2015 [B 2 U 8/14 R](#)-juris Rn. 20).

Ä

Die Wegeunfallversicherung schützt vor Gefahren für Gesundheit und Leben, die aus der Teilnahme am öffentlichen Verkehr als Fußgänger oder Benutzer eines Verkehrsmittels,

also aus eigenem oder fremdem Verkehrsverhalten oder äußeren Einflüssen während der Zurücklegung des Weges hervorgehen (BSG Urt. v. 17.12.2015 [B 2 U 8/14 R](#) juris Rn. 23; Urt. v. 18.06.2013 [B 2 U 10/12 R](#)-juris Rn. 20; Urt. v. 13.11.2012 [B 2 U 19/11 R](#) -r juris Rn. 45). Zwar könnte das Risiko, beim Gehen durch Stolpern oder Ausrutschen, durch einen Zusammenstoß mit einem Gegenstand oder durch den Anstoß anderer Personen zu stützen, jeweils von dem Schutzzweck der Wegeunfallversicherung umfasst sein. Derartige äußeren Einwirkungen auf den Körper der Klägerin müssten als solche aber zunächst konkret festgestellt sein (vgl. hierzu BSG Urt. v. 17.12.2015 [B 2 U 8/14 R](#) -juris Rn. 23). Ä Ä Ä Ä Ä .

Vorliegend sind äußere Einwirkungen auf die Klägerin weder von ihr vorgetragen worden noch aus dem Akteninhalt erkennbar oder naheliegend. Vielmehr ist zur Überzeugung des Senats davon auszugehen, dass ein ärgeres Leiden in Form einer körpereigenen Schwäche, ggf. ausgelöst durch einen epileptischen Anfall, wesentliche (Wirk-)Ursache für den Sturz der Klägerin gewesen ist. Weder in der Unfallanzeige noch/in sonstigen aktenkundigen Unterlagen finden sich Anhaltspunkte dafür, dass dem Sturz eine äußere Einwirkung zugrunde gelegen haben könnte. Vielmehr ist durch die V. ausdrücklich ein plötzliches Zusammensinken der Klägerin, angegeben worden. Ein Zusammensinken aus körpereigener Schwäche steht auch in fraglosem Einklang mit den schweren Behinderungen der Klägerin bei hoher täglicher Anfallshäufigkeit, die durch die Berichte ihrer behandelnden Ärzte und der V. dokumentiert und auch zwischen den Beteiligten unstreitig sind. Gerade auch die Mutter der Klägerin hat vielfältig und ausdrücklich die jederzeit auftretende Möglichkeit einer körperschwäche ihrer Tochter betont.

Ä

Lassen sich ÄuÄere, gerade aus der Wegegefahr resultierende Einwirkungen nicht feststellen, geht deren Nichterweislichkeit zu Lasten der KIÄgerin (vgl. BSG Ur. v. 17.12.2015 â B 2 U 3/14 R-juris Rn. 23).

Auch sonstige besondere Umstände, denen ausnahmsweise trotz der Verursachung des Unfallereignisses durch eine körpereigene Ursache, die Bedeutung einer wesentlichen Mitverursachung zugeschrieben werden könnte, liegen nicht vor. Dies ist insbesondere dann gegeben, wenn gerade betriebliche Umstände (zB besondere Ermüdung) zum Unfall geführt haben oder der eingetretene Gesundheitsschaden ohne die versicherte Tätigkeit, wahrscheinlich nicht in derselben Art oder Schwere aufgetreten wäre (vgl. zB BSG Ur. v. 15.02.2005 â B 2 U 1/04 R â juris Rn. 23). Anhaltspunkte hierfür sind nicht ersichtlich und auch nicht konkret vorgetragen worden. Von einer betrieblich bedingten Ermüdung der KIÄgerin ist auf dem Hinweg zur Arbeit nicht auszugehen. Die gewöhnliche Härte des Fußbodens kann nicht als wesentlich mitwirkender betrieblicher Faktor angesehen werden (vgl BSG Ur. v, 31.07.1985 â 2 RU 74/84-juris Rn. 15 mwN).

Der Sturz der KIÄgerin ist â entgegen ihrer Auffassung â auch nicht aufgrund einer Verletzung der Fürsorgepflicht, des Betreuers als Arbeitsunfall im Sinne der gesetzlichen Unfallversicherung anzusehen.

Bereits grundsätzlich kann der Tatbestand einer versicherten Tätigkeit nur durch ein konkretes, seiner Art nach von Dritten beobachtbares und auf seine Erfüllung ausgerichtetes Handeln (sog objektivierte Handlungstendenz) des Verletzten selbst verwirklicht werden. Die Verrichtung einer versicherten Tätigkeit ist eine höchstpersönliche, unvertretbare Handlung. Eine Zurechnung des Verhaltens Dritter durch positives Tun oder Unterlassen ist hierbei ausgeschlossen (BSG Ur. v. 13.11.2012 â B 2 U 19/11 R-juris Rn. 23; Ur. v. 15.05.2012 â B 2 U 16/11 R â juris Rn.. 14). Die Entscheidung über den inneren Zusammenhang knüpft an den objektiven Rechts- und Pflichtenkreis des Versicherten und dessen Handlungstendenz an, nicht an ein Verschulden des Unternehmers (Keller in Hauck/Noftz, SGB VII, Kommentar, Â§ 8 Rn. 19a).

Ä

Ob ausnahmsweise die Fürsorgepflichtsverletzung eines Mitarbeiters einer Einrichtung für behinderte Menschen dann ggf. im Rahmen der Kausalitätsprüfung zu berücksichtigen sein kann, wenn das Unfallereignis hierauf zurückzuführen ist (so Keller, a.a.O., Â§ 8 Rn. 273c), braucht hier nicht entschieden zu werden. Unabhängig von dem hier lediglich von der KIÄgerin behaupteten Zusammenhang ist schon fraglich, ob eine Einstandspflicht des Unfallversicherungsträgers überhaupt grundsätzlich für eine Fallkonstellation wie die vorliegende angenommen werden kann. Dies begegnet insofern Bedenken als der o.g. Schutzbereich der Wegeunfallversicherung dann über das Absichern des spezifischen Wegerisikos darauf ausgedehnt würde, den Versicherten vor

aktenkundigen Ausführungen vor dem Unfall selbst keine Bedenken bezüglich der Begleitung ihrer Tochter durch (lediglich) eine Person gehabt hat.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Der Senat hat die Voraussetzungen für die Zulassung der Revision ([Â§ 160 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 SGG](#)) nicht als gegeben angesehen.

Erstellt am: 29.04.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024